



AK Protest

Wann? Samstag 14-16 Uhr, Sonntag 13-15 Uhr
AK-Leitung: Robin Voigt
Protokollant: Monique Matzner
Anwesende Fachschaften: FS Münster, FS Hannover, FS Berlin, FS Kiel, FS Freiburg, FS Bonn, FS Regensburg, FS Bochum, FS Darmstadt, FS Halle

Vorläufige Tagesordnung

1. Begrüßung und Vorstellung des AK
2. Beschluss der Tagesordnung
3. Durchführung und Umsetzung auf der BuFaTa geplanten Aktionen und Schreiben
4. Probleme in Bearbeitung
 - 4.1 Zulassungsbeschränkungen
 - 4.2 Dozentenprobleme
5. Erreichbarkeit und Motivation an Fachschaftsarbeit von Studenten
6. Sonstiges

1. Vorstellung vom AK „Protest“

Gibt es Probleme an euren Unis?

Bonn:

- hat keine gravierenden Probleme, würden aber andere FSR's gegen Probleme unterstützen

Berlin:

- hat überbuchte Räume

Kiel:

- eigentlich keine Probleme, eventuell zu viele Immatrikulierte

Bochum:

- Probleme – Kürzung der Stellen

Bonn:

- Stellenstreichung (Finanzproblem)



- Chemiemodul nach wie vor problematisch

Regensburg:

- Probleme die es gibt, werden derzeit bearbeitet

Hannover:

- keine Probleme, gutes Verhältnis zu Dozenten, setzen sich für Lösung ein

3. Durchführung und Umsetzung auf der BuFaTa geplanten Aktionen und Schreiben

1. In Aachen wurde die Reaktion der Briefe aus Bonn diskutiert - Auswertung

Brief Wohnraummangel: Erstsemester keinen Wohnraum/ zu teuer

Inhalt: Ideen für Wohnraumschaffung/ durch Umbau

- Interesse an Brief - Münster,
- keine Reaktion auf Brief; Bsp: Bonn, Regensburg, Oldenburg

Brief wurde an FSR geschickt, und falls notwendig konnte der Brief weitergeleitet werden.

Der Brief wurde aufgrund seines optischen Aussehens und unvorteilhafter Formulierungen geändert, sodass der Brief nochmal erneut dem Plenum vorgestellt werden konnte, um ihn ein weiteres Mal an die FSR's zu schicken, damit diese den Brief bei Bedarf im Namen der BuFata verwenden können. Bei Verwendung des verfassten Briefs sollte jeder FSR für seine spezifischen Probleme in der jeweiligen Stadt eine konkrete Anrede an den Adressaten mit beilegen und als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Nach weiteren Formulierungsänderungen im Plenum wurde der Brief mit 10 Stimmen angenommen. 4 FSR's waren dagegen und 2 haben sich enthalten.

4. Probleme in Bearbeitung

4.1. NC Beschränkungsbrief

Inhalt: zu wenig Masterplätze für die Bacheorstudenten- zu hohe Ncs -

Bochum:

- meisten Unis nutzen die Kapazität voll aus (wie Bochum sogar über aus!), Brief wäre zu anmaßend



Brief würde unserer Meinung nach trotz Umformulierungen keinen Sinn machen. Brief wird fallen gelassen

4.2. Brief an Dozierenden

- Laut Protokoll soll der Brief für andere Uni verallgemeinert werden
- ist sehr individuell als Basis – soll jede Fachschaft selber verfassen falls Probleme vorhanden sind!

6. Sonstiges

1. schlechtere Ausbildung als Folge der Kürzung der Bildungspolitik

Hannover:

- geringe praktische Ausbildung- geringe Lehre → schlechtere Ausbildung

Halle:

- OC Praktikum

2. Unverhältnismäßigkeit der Praktikplätze gegenüber der Anzahl der immatrikulierten

Studenten

Berlin:

- Qualität geht unter, weil zu wenig Praktikumsplätze für zu viele Studierende da sind

Sonntag, 2. Sitzung

Anwesende FSR: alle anwesend

3. Liste/ Brief über Problematik der Kürzungen

Münster:

- Brief macht keinen Sinn, wäre zu Allgemein (trifft nie alles zu)

Bonn:

- meist ganze Uni nicht nur einzelne Bereiche
- FSR übergreifende Aktion
- Sollen Bonn ansprechen - **bietet Protesthilfe!**

Regensburg:

- hat das Problem, dass ein Wettstreit zwischen Uni, weil sie mehr Studenten aufnehmen muss, und Klausuren, die schwerer werden



Bochum:

- alles gekürzt außer Praktika
- FSR's sollten guten Kontakt zu Dozenten und Studiendekan haben

→ Keinen Brief!

Liste mit Problemlösungen:

- Leute mobilisieren
- Infoveranstaltungen
- Sich gut mit einflussreichen Personen stellen
- Gemeinschaft gründen, um dagegen vorzugehen
- Provozieren durch Mediendruck oder anderen Aktion (z.B. Schmücken von Stauen)
- ganze Stadt miteinbeziehen- sehr offensichtlich für die anderen nicht beteiligten!
- Möglichkeiten an eigener Uni ausschöpfen

→ Dropbox → Probleme mit Erfahrungen anderer FSR stämmen

4. Attest bei Prüfungsunfähigkeit

Marburg fragte; ob AK mit dem Attest, auf dem Diagnose//Symptome beschrieben stehen, bearbeitet (siehe AK „rechtliche Rahmenbedingungen“). Wünscht sich Textvotlage für sich andere Unis.

Problem: → Juristen meinen, dass nur die Betroffenen sich einsetzen können, nicht FSR

Freiburg:

- hat ebenfalls das Problem - viele Leute sind schon dagegen vorgegangen

Bochum:

- ist der Meinung, dass dies bei allen Unis auftreten kann
- sollten Brief verfassen

Bonn:

- AK steht Möglichkeit frei einer juristischen Ausarbeitung, aber erstmal verfassen eines Briefs aus moralischer Sicht



Regelung an anderen Unis:

Freiburg:

- Symptome auf alle Fälle, Diagnose nur mit Einverständnis

Regensburg:

- entweder Symptome oder Diagnose auf Attest

Fragen:

Münster:

- ab welcher Diagnose/ Symptom ist man nicht mehr Prüfungsunfähig

Bonn:

- warum schafft sich Uni diese juristische Angriffsfläche- kann schnell verklagt werden

Brief wird aufgrund von 9 Befürwortern verfasst. Ein FSR enhielt sich.

Verfassen des Briefs „Nötigung zur Unterwanderung der ärztlichen Schweigepflicht“:

Ein offener Brief soll verfasst werden, der an die eigene Uni weitergeleitet wird → sollte öffentlich verbreitet werden, um die Dringlichkeit des Problems zu zeigen.

Argumente:

- antasten der persönlichen Würde/ Persönlichkeitsrechte
- kein Vorteil der Uni
- Misstrauen der eigenen Amtsärzte/ fragliche Kompetenz der Attestaussteller
- Diagnose/ Symptome hat keinen Ausdruck über Zustand der Person
- zusätzlicher Arbeitsaufwand, zusätzliche Angriffsfläche
- menschliche Entscheidung verhindert Objektivität
- ein beschriebenes Papierstück kann keinen Krankheitszustand treffend beschreiben– nicht aussagekräftig, lassen keine Rückschlüsse zu
- unterstellen Täuschungsabsicht
- Empfinden von Symptomen subjektiv und in der Kompetenz ausgebildeter Ärzte, nicht der Uni
- → Unser Vorschlag: nach 3. fehlen bei Klausur aufgrund von Krankheit- ein Amtsattest verlangen!



-
- Sowohl im AK als auch im Plenum wurde einstimmig entschieden, dass dieser AK zur nächsten Bufata fortgeführt werden soll
 - Die Endfassung des Briefs „Nötigung zur Unterwanderung der ärztlichen Schweigepflicht“ wurde einstimmig von allen anwesenden FSR's im AK Protest angenommen.
 - → Abschlussplenum vertagt die Weiterbearbeitung des Briefs auf die nächste Bufata (Antrag auf Vertagung → Dafür:8; Dagegen:7; Enthaltung: 1)

Nach Zustimmung des Plenum hätte Bonn den Brief von einem Juristen gegenlesen lassen.

Empfehlung: Beim Zusammentragen der neu erschlossenen Informationen sollte berücksichtigt werden ein paar juristische Fragen für den Hochschulrechtsexperten, der im AK „Rechtliche Rahmenbedingung“ empfohlen wurde eingeladen zu werden, zu formulieren, um die juristische Absicherung des Briefs „Nötigung zur Unterwanderung der ärztlichen Schweigepflicht“ zu haben.